

SPD-Kabinett 2006 bis 2011

Rot-Grünes Kabinett ab 2011

SPD-Regierung	Rot-Grüne Regierung
<p>Staatskanzlei Ministerpräsident Kurt Beck Staatssekretär Martin Stadelmaier (Chef der Staatskanzlei) Regierungssprecherin Monika Fuhr.</p>	<p>Staatskanzlei Ministerpräsident Kurt Beck Staatssekretär Martin Stadelmaier (Chef der Staatskanzlei) Regierungssprecherin Monika Fuhr. Dazu: Stellvertretender Regierungssprecher Grüne Landesbeauftragter für Migration: ...</p>
<p>Innenministerium Innenminister Karl Peter Bruch Innenstaatssekretär Roger Lewentz</p>	<p>Ministerium für Innen, Sport und Infrastruktur Innenminister Roger Lewentz Innenstaatssekretär Jürgen Häfner Zusätzlich: Innenstaatssekretärin Heike Raab</p>
<p>Finanzministerium Finanzminister Carsten Kühl Staatssekretär Salvatore Barbaro</p>	<p>Ministerium für Finanzen Finanzminister Carsten Kühl Staatssekretär Salvatore Barbaro</p>
<p>Wirtschaftsministerium / Landwirtschaft Minister Hendrik Hering Staatssekretär Siegfried Englert Staatssekretär Alexander Schweitzer</p>	<p>Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Ministerin Eveline Lemke Staatssekretär Ernst-Christoph Stolper Zweiter Staatssekretärsposten noch offen</p>
<p>Bildungs- und Wissenschaftsministerium / Kultur Ministerin Doris Ahnen Staatssekretär Michael Ebling Staatssekretärin Vera Reiß Staatssekretär Walter Schumacher</p>	<p>Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung, Kultur Ministerin Doris Ahnen Staatssekretär Michael Ebling Staatssekretärin Vera Reiß Staatssekretär Walter Schumacher</p>
<p>Sozial- und Arbeitsministerium Ministerin Malu Dreyer Staatssekretär Christoph Habermann</p>	<p>Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Ministerin Malu Dreyer Staatssekretär Jacqueline Kraege</p>
<p>Justizministerium Minister Dr. Heinz-Georg Bamberger Staatssekretärin Beate Reich</p>	<p>Ministerium für Justiz- und Verbraucherschutz Minister Jochen Hartloff Staatssekretärin Beate Reich</p>
<p>Ministerium für Umwelt Ministerin Margit Conrad Staatssekretär Jacqueline Kraege</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Ministerin Ulrike Höfken Staatssekretär legen die Grünen noch fest</p>

Europa- und Bundesangelegenheiten Staatssekretär Karl-Heinz Klär	Europa- und Bundesangelegenheiten Neu: Ministerin Margit Conrad
	Neu: Ministerium für Integration, Familie, Kinder und Jugendliche Ministerin Irene Alt Staatssekretär legen die Grünen noch fest

Sonstige

- Grünen-Fraktionsvorsitzender: **Daniel Köbler**
- SPD-Fraktionsvorsitzender: **Hendrik Hering**
- **Alexander Schweitzer** soll neuer Generalsekretär werden
- **Margit Conrad** (SPD) wird Bevollmächtigte des Landes in Berlin und Brüssel
- **Martin Stadelmeier** (SPD) bleibt Chef der Staatskanzlei

Einigungen zwischen Rot-Grün

1. Inneres Sport/Infrastruktur

- **Infrastruktur:**

- **Landesentwicklungsplan IV** wird weiter ausgedehnt und auf Mobilität und Naturschutz mehr geachtet.
- **Hochmoselübergang** wird gebaut. Kein Aufstocken der bisherigen Fördersumme (20 Mio.).
- **Mittelrheinbrücke** auf Eis gelegt, es wird keinen Bürgerentscheid geben
- **B 10: ABERMALIGES** Mediationsverfahren wird angestrebt. Es wird geprüft werden, ob mit Hilfe einer Verkehrsleittechnik nur drei Spuren nötig sind, alternativ wird der vierspurige Ausbau geprüft
- **Wörth:** Bundesstrasse kommt.
- **A1-Lückenschluss:** Naturschutzfachliche Planung wird vorgenommen. Sogenannte „Null-Variante“ geprüft. D.H. Kein AUSBAN!
- **A643:** Überprüfung der 4spurigen Variante, wobei Standstreifen zur fahrbahn werden soll.
- **Trier:** Neues Konzept! D.H. Kein Ausbau!
- **B8/B414:** Zügiger Ausbau soll vorangetrieben werden.
- **B9:** Hagenbach-Variante wird nicht fortgeführt.
- „Rheingeweg“: Kein Ausbau
- **B272:** Kein Dreispurige Ausbau
- künftig liege der Schwerpunkt im **Erhalt, nicht im Neubau** von Straßen
- Radwanderwege sollen stärker profitieren
- „Gigaliner“, riesige LKWs, werden abgelehnt
- **Güterverkehr soll auf Schiene und Wasser verlagert werden**
- Moselschleusen: beim Bund wollen die Koalitionäre auf den Ausbau dringen
- die **Lahn** soll als **Bundeswasserstraße** erhalten bleiben
- **Verkehrslärm:** Grenzwerte werden um drei Dezibel gesenkt; d.h. schon bei geringerer Belastung werden Lärmschutzwende gebaut
- **Mautausweichverkehr** soll eingedämmt werden

- **Öffentlicher Verkehr:**

- Bahn: neue Nord-Süd-Verbindung als Alternative zur Strecke im Mittelrheintal,
- **Öffentlicher Nahverkehr: 13 Millionen** Euro sollen im Landeshaushalt **zu Gunsten von Bus und Bahn** und **zu Lasten des Straßenbaus** umgeschichtet werden
- Lärmschutz an den Straßen soll verbessert werden

- **Flughafen Zweibrücken:**

- Land wird die Zuwendungen kürzen

- **Flughafen Hahn:**

- **Nachtflugverbot** am Hahn kommt nicht
- Zuschüsse werden gekürzt
- Lärmmonitoring

- **Nürburgring:**
 - Formel 1 nur unter drastischer Reduktion der Fördermittel
 - Neue Wirtschaftlichkeitsgutachten soll erstellt werden – neue Risikoanalyse
 - Zuschüsse sollen insgesamt reduziert werden. (13 Millionen Euro zurzeit)
 - Zuständigkeit wird ins Innenministerium verlagert

- **Sicherheit:**
 - **Videoüberwachung** im öffentlichen Raum soll zurückgedrängt werden
 - **Polizeibeamte** bei allen Einsatzlagen identifizierbar sein
 - Landesunterkunft für ausreisepflichtige Asylbewerber in Trier soll „zeitnah“ geschlossen werden; Aufgabe könnte auf die Kommunen übertragen werden
 - keine Einigung zum Abschiebegefängnis in Ingelheim; laut AZ war aus Koalitionskreisen zu erfahren, dass sie geschlossen werden soll, es aber keine Einigung über andere Möglichkeiten der Unterbringung gäbe
 - Eine **Lobbyistenregister** soll eingeführt werden

- **Bürgerbeteiligung**
 - **Wahlrecht:** Kommunal- und Landtagswahl schon ab 16, in Kommunen sollen Ausländer aus Nicht-EU-Staaten wählen dürfen
 - Mehr Mitspracherechte für Bürger vor allem bei Großprojekten, landweit Volksentscheide erleichtern. Keine Bürgerbeteiligung bei Mittelrheinbrücke.
 - **Enquete-Kommission** zur Bürgerbeteiligung; unter Einbindung der CDU; Quoren und Hürden sollen gesenkt werden

- **Kommunen:**
 - Besonders belastete Kommunen sollen Landeshilfe bekommen.
 - Einsetzen im BR um auf Bundesebene Rückführung der Belastungen zu erreichen.
 - **Kommunalreform soll wie geplant weiterlaufen**
 - Freiwilligkeitsphase für den Zusammenschluss von zu kleinen Verbandsgemeinden soll abgearbeitet werden
 - danach zweite Stufe einleiten (keine zeitliche Angabe)
 - Einzelheiten der zweiten Stufe sollen in eine Enquete-Kommission beschlossen werden

2. Bildung/Wissenschaft/ Weiterbildung/ Kultur

- **Gesamtschulen:** Hürden für die Einrichtung werden gesenkt, weniger Anmeldezahlen erforderlich
- **Klassenmessenzahlen** werden gesenkt
- Bekenntnis zum muttersprachlichen Unterricht
- Inklusion behinderter Kinder in das normale Schulsystem
- **Kindergarten- und Krippenplätze** für unter Dreijährige werden ausgebaut
- Bildung soll **kostenlos** bleiben,
- **Abschaffung Studienkonten** (Langzeitstudiengebühren)
- **Schule:** 100 Millionen Einsparungen bei den Lehrern
- Trotzdem kleinere Klassen; Ziel bis 2016 haben alle Klassen in der Grundschule maximal 24; in der Orientierungsstufe und Berufsfachschule höchsten 25 Schüler

- Durch demografische Rendite wäre eine Einsparung von 3000 Lehrer bis 2016 möglich. Umgang bisher unklar. (Entfall Personalkosten von 100 Millionen Euro)

3. Justiz/ Verbraucherschutz

- Strukturen an den Gerichten werden gestrafft
- OLG Zweibrücken bleibt erhalten
- OLG Koblenz soll wegfallen.

4. Wirtschaft / Klimawandel/ Energie / Landesplanung

- Masterplan für Industriepolitik um Branchen wie Automobilbau, Chemie und Maschinenbau zu stärken
- Arbeitsmarktpolitik: flächendeckender Mindestlohn, Tariftreuegesetz und Bedeutung der dualen Ausbildung
- Verkabelung des ländlichen Raums mit schnellem Internet
- Frauenquote für Führungsetagen
- Gentechnik-freie Erzeugung wird geschätzt und als Markenchance gefördert.
- Keine Lebensmittel sollen in RLP mit Gentechnik hergestellt werden.

5. Integration/ Familie/ Frauen / Kinder /Jugend

- flächendeckende Versorgung von Schwangeren,
- mehr Häuser für Familien,
- Einbeziehung behinderter Menschen,
- Migranten als Bereicherung des Landes verstehen
- **Angebot an Kindergärten- und Krippenplätzen soll ausgebaut werden.** Ziel der Bundesregierung für 35 Prozent eine Jahrgangs Krippenplätze zur Verfügung zu stellen, soll übertroffen werden
- Schutz von Kindern gegen Vernachlässigung und Misshandlung weiter ausbauen

6. Soziales/Arbeit/ Gesundheit/ Demografie

- Gesundheit:

- gemeindenahe Psychiatrien ausbauen
- Krankenhausplan fortschreiben
- Pflegeangebot soll verbessert werden. Dies gelte vor allem für ländliche Gegenden

7. Finanzen

- 220 Millionen Euro sollen jährlich eingespart werden
- **Grunderwerbsteuer** soll von 3,5 auf 5 Prozent erhöht werden (Anm: 2010 wurden 200 Mio Euro als Einnahmen verbucht. Durch Erhöhung kommen etwa 100 Mio zusätzlich rein)
- **Stellenabbau** bei Polizei, Kataster-, Vermessungs- und Grundbuchämtern; alle Verwaltungsebenen müssen kürzen. Mittelbehörden werden per se hier nicht ausgenommen. Die bereits 2010 benannte „Ziel-Reduktionszahl“ bei der Polizei bleibt als Ziel bestehen., d.h. Stellenabbau wird fortgesetzt.
- **Wasserabgabe:** Industriebetriebe, die Kühlwasser aus dem Rhein nehmen, werden einen Wasserpennig abführen müssen
- **Kieseuro:** Nach Vorbild NRW wird eine Abgabe für Betrieb die im Bodenabbau tätig sind geprüft.

- **Beamte:** Erhöhung des Rentenalters von Beamten auf 67 Jahre, Einschnitte bei Besoldung, Beihilfe, Versorgung und Reisekosten
- **Landesrechnungshof:** Stärker Einbezug der LRH bei Projekten. Zudem Einbezug in Kommission zur Reduzierung des Berichtswesens

8. Umwelt /Landwirtschaft / Ernährung forsten

- Erstmals soll ein **Nationalpark** eingerichtet werden; Koalition sucht nach geeigneter Region; Soonwald und Pfälzerwald möglich
- Novellierung des **Landesnaturgesetzes bis 2012**
- Rückhaltebecken im Hochwasserschutz schnellstmöglich einsatzbereit machen
- Staatswald soll nicht privatisiert werden
- große, ungenutzte Potentiale im ökologischen Landbau sollen gehoben werden; sozialökologischer Ansatz im mittelständischen und bäuerlichen Strukturen
- Finanzielle Anreize damit Hauseigentümer in Wärmedämmung investieren; Förderprogramm über die ISB

9. Europa:

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorantreiben